

Leitartikel

Von Peter Haidler

Wer 621,2 Millionen Euro bei den Landesausgaben spart, muss auch Mut zu Strukturereformen haben.



peter.haidler@tirol.com

Jetzt geht es ans Eingemachte

Ob der Budgetpfad mit Millionen-einsparungen richtungsweisend ist, muss die Regierung erst beweisen.

Das Ziel der Tiroler Landesregierung ist ambitioniert, die geplanten Einsparungen von 621,2 Millionen Euro bis 2014 sind jedoch notwendig. Im Gegensatz zur großen Koalition im Bund sind ÖVP und SPÖ in Tirol zu Strukturereformen gezwungen, um ihr Sparziel zu erreichen. Denn für die Sanierung des Budgets können sie nicht einfach die Steuern erhöhen. Das bleibt der Bundesregierung vorbehalten. Zum Glück, denn der allseits beliebte und ideologisch geschützte Steuerstreit zwischen ÖVP und SPÖ fällt dann zumindest in Tirol weg.

Aber wo kann Tirol effizient sparen? Einzig Ausgaben zu limitieren, wird nicht ausreichen, sonst muss in vier Jahren erneut ein Sparpaket geschürt werden. Die Politik muss hinterfragen, die Verwaltung vereinfachen, Leistungen effizienter abwickeln, künftig nicht mehr nach dem Gießkannenprinzip fördern und nicht jeden Event subventionieren. Das jahrelange Taziehen um das Kitzbüheler Spital, das hohe Defizite verursacht hat und trotzdem erst heuer geschlossen wurde, war ein Beispiel für Wunsch und Wirklichkeit. Und sollte das Rettungswesen nach der Ausschreibung teurer werden, wird das den Sparvorgaben des Landes ebenfalls nicht zuträglich sein.

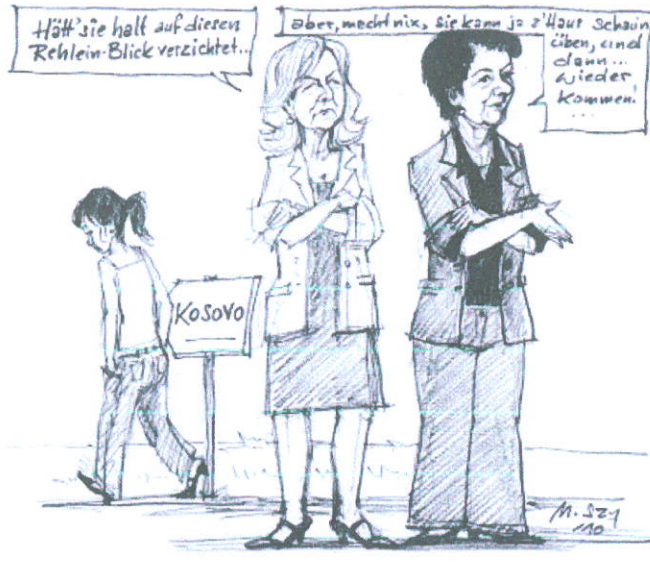
Letztlich ist nicht jedes Skigebiet förderungswürdig und jede Wirtschaftsförderung sinnvoll. Im Agrarbereich verhält es sich ähnlich, nicht jeder Baum benötigt subventionierte Forstwege. Damit sich nachhaltig etwas ändert, müssen auch die Gemeinden ihre Kirchturndenken überwinden. Zu oft hat nämlich das Land einen zu hohen Preis für kleinkarierte lokale Egoismen zu zahlen. Wenn es jetzt ans Eingemachte geht, dann bitte richtig und konsequent.

Dass die Regierung Bildung und Innovation außer Streit stellt, Soziales und Gesundheit lediglich zwick, ist kein Widerspruch zu den Sparplänen, sondern ein richtungsweisendes und mutiges Signal.

Lesen Sie mehr auf Seite 4

Karikatur

„Rehlein-Augen“ ...



Gastkommentar

Von Wolfgang Lusak

Es droht der Tod der stummen Mitte

Im Mittelstandshinrichtungsspektakel läuft das ewig gleiche Drama in 3 Akten. 1. Öffentlicher Aufreger: Börsenspekulanten bedrohen Währungen und Branchen, Politiker verschulden ihre Staaten rettungslos, Konzerne verursachen Katastrophen ohne Konsequenzen, erfolglose Manager streifen trotz offenkundiger Fehler fette Abfertigungen ein. 2. Großlobbys schützen ihre Klientel: Die an den Ursachen der „Öffentlichen Aufreger“ oft beteiligten Manager erpressen mit dem „too big to fail“-Anspruch Milliardenzuschüsse oder Freisprüche von der Verantwortung und die oft ebenso involvierten Mehrheitspolitiker rufen nach „Mindestsicherung“ und Besteuerung der „Reichen“, was ihnen die Zustimmung naiver Wählermehrheiten verschafft.

3. Der Mittelstand löffelt die Suppe aus: Zur Kassa gebeten werden diejenigen, die arbeiten, Innovation schaffen, mit regionaler Nachhaltigkeit unser Leben schützen und weder spekulieren noch sich verschulden, noch Menschen oder Umwelt etwas angetan haben. Einfach deshalb, weil sie – trotz aller Mittelstands- und KMU-Lippenbekenntnisse der Politik – keine Lobby haben.

Welttheaterkritik: Der Tod der stummen Mitte steht bevor und damit die Auflösung des Kerns der westlichen Gesellschaft. Auch wenn der Vergleich nicht neu ist: Das alte Rom ist nicht wegen äußerer Feinde untergegangen, sondern weil die superreiche Oberschicht ihre Brot&Spiele-Beruhigungen für die Massen (denkt da wer an Fast Food und TV?) zu lange auf dem Rücken des staatstragenden Bürgertums ausgetragen und die Res Publica vergessen hatte.

Wolfgang Lusak ist Unternehmensberater und PMU-Gruppen-Coach in Wien.



ofo@ofo.at

Heißer Krisentanz: Für EU geht es um alles

Deutschland und Frankreich versuchen mit neuen Finanzvorschlägen den Takt vorzugeben. Es geht schlicht um die Zukunft der EU.

Inhalt allerdings gibt es nichts zu rütteln: Zwei Jahre sind nach dem Ausbruch der weltweiten Finanzkrise, die sich dann zur Wirtschafts- und Schuldenkrise ausgewachsen hat, ins Land gezogen. Und noch immer wurden kaum Konsequenzen gezogen, die Auswüchse an den teils völlig entfesselten Finanzmärkten einzudämmen und einen Teil des entstandenen Schadens zu ersetzen – ob mit sinnvollen Steuern oder Verboten.

Zudem muss die EU die Finanzprobleme mancher ihrer Mitglieder endlich in den Griff bekommen. Dazu braucht sie mehr Kompetenzen, als bisher vielen Mitgliedsländern lieb war. Sonst müssten Unsummen in nicht zu stopfende Finanzlöcher geschüttet werden. Das ist in keinem der Zahlerränder argumentierbar. Ohne Kraftakt droht der Eurozone und letztlich dem Projekt EU das Aus.

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 19

ofo@ofo.at



Analyse
Von Alois Vahrner

Die griechische Finanztragödie, die fast zum Staatsbankrott geführt und den Euro schwer ins Wanken gebracht hat, scheint fürs Erste abgewendet. Der Euro-Rettungsschirm ist aufgespannt und muss hoffentlich nie in der vollen Dimension zum Einsatz kommen. Aber schon droht angesichts heftiger Spekulationen über möglicherweise nötige – und von Politikern aus ganz Europa heftig dementierte – Finanzhilfen für Spanien neues Ungemach.

Deutschlands Kanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy, die sich zuletzt bei einigen Fragen nicht grün waren und die Lage damit auch nicht gerade beruhigten, haben sich auf einen Pakt geeinigt. Beim G20-Gipfel soll sich die EU für eine Finanzmarkttransaktionssteuer einsetzen. Der Europäische Rat, also der Gipfel der Staats- und Regierungschefs, soll zu einer „europäischen Wirtschaftsregierung“ ausgebaut werden. Zum Drüberstreuen sollen chronische Defizitünder das Stimmrecht in der EU verlieren.

Wenig überraschend hält sich die Freude bei den anderen 25 EU-Mitgliedern, die von den Vorschlägen selbst nur über die Medien erfahren haben, über solche Vorgaben aus Berlin und Paris in Grenzen. Am

Frage des Tages

Nervtötter

Die Vuuzelas sorgen mit ihrem Dauertönen für taube Ohren bei den Spielern und für Frust bei manchem TV-Zuseher. Soll die FIFA die Trötchen verbieten?

60 % Ja - Die Vuuzelas nerven, es kommt überhaupt keine Stimmung mehr rüber!

34 % Nein - Das Instrument gehört zum Fußball in Afrika dazu, wir müssen das respektieren.

6 % Egal - Nach dem 10. Spiel hör ich die Trötchen nicht mehr und bin richtig in Fußballbeber.

Die Umtrago finden Sie auf



UMFRAGE

Kopf des Tages

Shirin Ebadi (Menschenrechtsaktivistin)

Laute Stimme für Menschenrechte im Iran

Kürzlich musste Shirin Ebadi ansehen, wie ihr eigener Ehemann sie im Fernsehen denunziert hat. Sie versuchte, es gelassen zu sehen. „So etwas ist unter der derzeitigen Regierung im Iran fast normal. Aktivisten werden unter Druck gesetzt. Sie werden persönlich unter Druck gesetzt – aber auch ihre Angehörigen.“

Die 62-jährige ist für das Regime in Teheran tatsächlich unangenehm. Laut erhebt die kleingewachsene Frau ihre Stimme, um die Verletzungen von Menschenrechten und Demokratie in ihrer Heimat anzuprangern. In der langen Reihe ihrer Auszeichnungen steht seit gestern auch der Felix-Ermacora-Menschenrechtspreis, der ihr

in Wien verliehen wurde.

Shirin Ebadi wurde 1947 geboren. Als erste Frau im Iran wurde sie Richterin, musste dieses Amt aber nach der islamischen Revolution 1979 aufgeben. Sie wechselte die Seiten und trat als Anwältin für Regimegegner auf, was sie selber in Konflikt mit der Regierung brachte. 2003 erhielt sie für ihre Bemühungen den Friedensnobelpreis.

Seit nunmehr einem Jahr lebt Ebadi im Exil. Während der umstrittenen

Präsidentenwahl und den darauf folgenden Unruhen im vergangenen Juni war sie bei einer Konferenz in Spanien. Statt in den Iran zurückzukehren, blieb sie im Ausland, um die Welt zu informieren: „Seit diesem Zeitpunkt bin ich auf der Reise. Ich mache viele Stationen und schildere die aktuelle Lage.“



Wenn zwischen den Terminen einmal Zeit bleibt, verbringt sie diese bei ihren Töchtern in den USA oder Europa.

Über Telefon und E-Mail ist sie mit dem Iran in Kontakt. Schweigen will sie nicht, wie es das iranische Regime fordert. Ihren Angehörigen und Freunden, die an ihrer Stelle unter Druck gesetzt werden, rät sie, alles zu sagen, was die Behörden wollen, nur um Ruhe zu haben.

Derzeit bangt sie um ihre Mitstreiterin Narges Mohammadi, die am 10. Juni mitten in der Nacht vor den Augen ihrer dreijährigen Zwillinge verhaftet wurde. Ihr widmete Ebadi den Ermacora-Preis. (sabl)

16.6.10